



England verweigert die Rückgabe der Heberschüsse

Wieder eine bittere Enttäuschung

Erben meldet der Telegraph: „Die englische Regierung hat das deutsche Eruchen um Rückgabe der Liquidationsüberschüsse im Widerspruch zu den „Empfehlungen“ des Youngplans abgelehnt.“

Das Wort erbarm mit diesen „Empfehlungen“! Offenbar sind sie dazu da, daß sie nicht befolgt werden. Man denke nur an die unzähligen „Empfehlungen“ des Völkerbunds, der „Internationalen Arbeitskonferenz“, der „Weltwirtschaftskonferenz“ und wie sie sonst heißen mögen, diese wohlgeordneten internationalen Einrichtungen! Nicht besser wird es mit den „Empfehlungen“ der Haager Konferenz gehen. Wenigstens hat England den „guten Anfang“ hierin gemacht.

Nämlich der Youngplan hatte, um den Krieg endlich einmal zu „liquidieren“, den Gläubigerregierungen empfohlen, von jetzt ab von ihrem Beschlagnahme- und Veräußerungsrecht an deutschem Eigentum nicht mehr Gebrauch zu machen. War keine große Zumutung, haben doch die Siegerstaaten auf Grund des Versailler Vertrags in diesen zehn Jahren nicht weniger als zehn Milliarden Goldmark an deutschem Eigentum liquidiert. Wir mußten nämlich seinerzeit den „Siegern“ das Recht einräumen, daß sie alles deutsche Eigentum in ihren Hoheitsgebieten „zurückbehalten und liquidieren“ dürfen. Der deutsche Eigentümer konnte ohne deren Einwilligung „nicht über sein Eigentum, seine Rechte und Interessen verfügen, noch sie irgendwie belasten“ (Art. 297).

Das geschah denn auch. Doch sahen nach und nach die meisten Staaten das Völkerrechtswidrige und Barbarische solcher Maßnahmen ein, und die meisten verzichteten in Sonderverträgen auf dieses ihr „Recht“ oder besser — Unrecht. Nur England und — die Republik Liberia machten eine unrühmliche Ausnahme. England liquidierte tüchtig drauf los und schlug nicht weniger als 55 Millionen Pfund (1100 Millionen Goldmark) heraus. Daneben war ein Rest noch nicht liquidiertes Eigentum da, das immer noch nicht freigegeben worden war.

Also eine recht blamable, jedenfalls sehr un noble Sache. Das spürten auch manche feiner fühlende englische Kreise. So erklärte der frühere Minister Macpherson, daß sich England durch die Einbehaltung des deutschen Privateigentums und der überschüssigen Erlöse (die auf 12—15 Millionen Pfund geschätzt wurden) eine zusätzliche Reparationsleistung erschaffe, und zwar von deutschen Privatleuten, deren einziger Fehler gewesen sei, England ihr Vermögen anvertraut zu haben. Der „Manchester Guardian“ schrieb, England stehe mit seiner unmachgiebigen Haltung allein in der Welt da, sein moralisches Ansehen und sein materieller Kredit hätten dadurch empfindlichen Schaden gelitten. Dieser „Schmutzlecken“ müsse sofort vom britischen Prestige entfernt werden. Und Lord John Galsworthy forderte in einem offenen Brief an die „Times“ sofortige Freigabe des noch vorhandenen deutschen Eigentums und der überschüssigen Erlöse.

Nun brachte in voriger Woche Lord Buxton jene Forderung im Oberhaus vor. Aber der Vertreter der Arbeiter-Regierung, Lord Passfield, meinte achselzuckend und augenverdrehend, daß der Friedensvertrag von Versailles mit der Beraubung der deutschen Privateigentümer ein Unrecht begangen habe. Aber Deutschland habe den Friedensvertrag nun einmal angenommen, und die gegenwärtige englische Regierung könne nicht ein Unrecht ungeschehen machen, das vor 15 Jahren begangen worden sei. Lord Buxton wies darauf hin, daß die Verschlagnahme des Privateigentums eine glatte Verletzung des internationalen Rechts sei und er wies besonders die Meinung des Schatzkanzlers Snowden zurück: das liquidierte deutsche Privateigentum könne von England nur herausgegeben werden, wenn das Deutsche Reich dafür eine entsprechend höhere Reparation an England bezahle (!). Um so peinlicher fällt es auf, daß auch Buxton eine Unterscheidung machte zwischen deutschem „Spareigentum“ und „Eigentum von deutschen Firmen, das in englischen Banken angelegt“ gewesen sei.

Eine verschiedene Behandlung beider Eigentumsarten ist natürlich vom Rechtsstandpunkt aus ganz unzulässig; es handelt sich nicht um eine soziale Angelegenheit, sondern um eine solche des internationalen Rechts. Die Behauptung Passfields, England könne ein vor 15 Jahren begangenes Unrecht nicht wieder eintreten, ist reine Heuchelei. Die englische Regierung kann sehr wohl das Unrecht wieder gutmachen, das Passfield selbst eine Beraubung genannt hat. Aber England will es nicht wieder gutmachen; es will seinen schändlichen Raub nicht wieder herausgeben, und um das Brandmal des gemeinen Diebstahls kümmern es sich nicht und hat sich in seiner ganzen Geschichte noch niemals darum gekümmert. War doch die völlige Ausplünderung Deutschlands nach jenem berühmten Artikel der Londoner „Sunday Review“ vom Jahr 1911 der eigentliche Grund für den damals in Vorbereitung befindlichen Krieg gegen Deutschland.

Ueberraschen muß aber namentlich auch die unverstämte Forderung Snowdens, daß eine Rückgabe des geraubten Privateigentums allenfalls nur erfolgen könne, wenn das Deutsche Reich England dafür einen Ersatz in höheren Reparationen biete. An den 114 Milliarden des Youngplans ist es also noch nicht genug. Obendrein wird von der englischen Regierung auch noch die Höhe der zurückbehaltenen Summen bestritten. Vom liquidierten deutschen Eigentum — daneben liegen noch große deutsche Vermögenswerte drüben, die noch nicht „liquidiert“ sind — beträgt nach einwandfreier und nieder gestellter deutscher Rechnung der Heberschuh, den die englische Regierung bei der Verschleuderung des Eigentums erzielt hat, über die Gegenforderungen von englischer Seite 15 Millionen Pfund Sterling (300 Millionen Mark). Passfield behauptet, es seien nur etwa 6 Millionen Pfund, von denen überdies noch 3 Millionen Pfund weitere englische Ansprüche abzuziehen seien. Das nichtliquidierte Eigentum könne „nur unter gewissen Vorbehalten“ zurückgegeben werden.

Es kommt der englischen Regierung offenbar darauf an, die Liquidationsüberschüsse durch eine geeignete Abmachung mit der deutschen Reichsregierung in irgend einer künstlichen Form so zu verrechnen, daß die deutschen Privateigentümer leer ausgehen. Es muß aber dem gegenüber mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß sowohl moralisches wie formelles Recht und nunmehr auch — der Youngplan keine andere Möglichkeit lassen, als daß jene Heberschüsse und diejenigen Werte, die bisher noch nicht den englischen Versteigerungen zum Opfer gefallen sind, blank ausbezahlt werden. Jede andere Lösung ist für Deutschland unannehmbar und unvereinbar mit dem moralischen und geschäftlichen Ansehen Englands.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, was es mit den schönen „Empfehlungen“ des Youngplans für eine Bewandnis hat. Schöne Worte, weiter nichts, und „die andern“ pfeifen darauf. Aber in Deutschland wird der Youngplan von vielen als eine Erlösung gepriesen. Ja, ja, die Welt will betrogen sein.

Finanzreform der Gemeinden

Einschränkung des Bauwesens — Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Anleihen

Berlin, 3. November. Gelegentlich einer Vorstandssitzung des Deutschen Städtetags fand eine Pressedeckung statt in der mitgeteilt wurde, der Vorstand habe beschlossen, die städtischen Baupläne einzuschränken, die weitergreifenden Wohnungsbauten hinauszuschieben und den Zuwachs der Spargelder bei den Sparkassen teilweise zur Umwandlung der kurzfristigen Stadlanleihen in langfristige zu verwenden. Die Verschuldung der Städte gebe neben anderen sozialen Lasten hauptsächlich auf deren Wohnungsbauzuwachs — 308.000 Wohnungen im Jahr 1928 und im laufenden Jahr voraussichtlich nicht weniger. Der große Umfang der kurzfristigen Schulden bedrücke die ganze Wirtschaft und heigere den Zinsfuß. Die Tätigkeit der Reichsberatungsstelle für Auslandsanleihen habe sich als verfehlt erwiesen, sie müsse beseitigt werden. Das Reich habe die Gemeinden mit immer neuen Ausgaben belastet, ohne die entsprechenden Einnahmen zu gewähren. Dieser unhaltbare Zustand müsse in der Reichsfinanzreform aus der Welt geschafft werden. Alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben und Arbeiten der Gemeinden müssen eingeschränkt oder zurückgestellt werden. Wenn von den durchschnittlich 150 Millionen Spareinlagen monatlich ein Teil durch Vermittlung des Giroverbandes für die Umwandlung der kurzfristigen Stadlanleihen verwendet werde, so brauchten keine neuen kurzfristigen Anleihen aufgenommen zu werden und die alten könnten schrittweise langfristige gemacht werden. Einschränkung des Wohnungsbaus auf den Umfang von 1927 würde genügen. 1927 sei noch ein Abmangel von 790.000 Wohnungen zu verzeichnen gewesen. 1934 oder 1935 sei aber mit dem Ende der Wohnungsnot zu rechnen. Langfristige Anleihen seien auch im Interesse der geldgebenden Sparkassen gelegen, von deren Geldern gegenwärtig etwa 45 v. H. im Wohnungsbau festgelegt seien. Zwei Drittel der kurzfristigen Gemeindeanleihen seien beim Giroverband, den Sparkassen usw. untergebracht. Etwa die Hälfte des reinen Zuwachses an Spargeldern soll nun vom 1. Dezember ab von den Sparkassen an die Girozentrale abgeführt werden, die dann die kurzfristigen Kredite in Kommunalverbandsanleihen, in Sammelanleihen der Gemeinden oder in lombardierte, d. h. durch Pfänder gesicherte Schuldheine umwandeln kann.

Oberbürgermeister Dr. Jarres, Duisburg, teilte noch mit, daß amerikanische Geldgeber an deutsche Städte das Anstinnen gestellt haben, für ihre Anleihen an den städtischen Wirtschaftsbetrieben beteiligt zu werden. Dieser Weg, der allerdings von manchen deutschen Privatbetrieben angenommen wurde (bekanntlich auch von der Reichsregierung durch das Zündholzmonopol), sei für öffentliche Betriebe aber nicht gangbar und das Anstinnen sei von den Städten abgelehnt worden.

Das Volksbegehren angenommen

Nach den bis Samstag mittags 1.15 Uhr beim Wahlamt eingegangenen Meldungen sind 4136384 Eintragungen für das Volksbegehren bei 41019181 Stimmberechtigten gezählt worden. Das sind 10,08 v. H. Da die Zahl der für die Einzeichnung erforderlichen Stimmen 4127889 beträgt, ist das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ also angenommen.

In Baden haben sich nach vorläufiger Zählung 32325 Personen bei 1477261 Stimmberechtigten gleich 2,2 v. H. in die Listen für das Volksbegehren eingetragen. Das Verhältnis in Württemberg ist bekanntlich 6,5 v. H.

Wahlkreis Weser-Ems 11,18 v. H., Oberbayern 4,32 v. H., Niederbayern 2,45 v. H., Württemberg 6,52, Hessen-Nassau 4,56 v. H., Mecklenburg und Lübeck: Insgesamt wurden 122779 Einzeichnungen bei 577172 Stimmberechtigten gezählt, das sind 22,27 v. H.

Ostpreußen hat folgendes vorläufige Ergebnis: 330738 Einzeichnungen bei 1339120 Stimmberechtigten, das sind 24,5 v. H.

Nach dem Soz. Pressedienst haben zahlreiche preussische Beamte sich in die Listen eingetragen. Ein preussischer Ministerrat werde über Maßnahmen gegen die Beamten Beschluß fassen.

So hat Dr. Eugenbergs die „erste Schlacht“ denn doch gewonnen. Wohl noch nie ist im Deutschen Reich in einer politischen „Schlacht“ mit solcher Erbitterung gekämpft worden, wie um das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“. Es ist auch noch nie vorgekommen, daß sich Regierungen und Minister von Amtswegen geradezu mit Leidenschaft in den Wahlkampf stürzten, wie in diesem Fall. Rückschauend muß man vom neutralen Standpunkt aber leider feststellen, daß von der preussischen und der Reichsregierung hierbei schwere Fehler gemacht worden sind. Zunächst waren es die zahlreichen Rundfunkreden der Minister, die in weiten Kreisen verstimmt haben, um so mehr, als der Gegenpartei gleichzeitig der neutral sein sollende Rundfunk vorenthalten wurde. Dadurch wurde er in unzulässiger Weise zum Regierungsorgan gestempelt. Wenn der Rundfunk in Zukunft eine Abnahme seiner Abonnenten zu verzeichnen haben sollte, so wird er sich den Grund erklären können.

Schwerwiegender noch war die Bedrohung des Beamtenstands, denen die Beteiligung an der Abstimmung verboten und Dienststrafverfahren in Aussicht gestellt wurde. Tatsächlich sind auch schon Bestrafungen erfolgt und weitere sollen sich anschließen. Man mag diese Maßregel betrachten, wie man will, sie ist eine Antastung der durch Gesetz und Verfassung gewährleisteten Meinungsfreiheit und der ersten staatsbürgerlichen Rechte der Beamten. Die nachträgliche Begründung mit dem unglücklichen § 4 des Volksbegehrens, der sich übrigens auf die Zukunft, nicht auf Gegenwart und Vergangenheit bezog, war nicht stichhaltig. Das Reichsinnenministerium konnte diesen Paragraphen und hat trotzdem das Volksbegehren als „einwandfrei“ zugelassen. Wenn es darin eine „Beleidigung der Minister“ erblicken zu müssen glaubte, so hätte sie das Volksbegehren von Anfang an ablehnen müssen. So kam in weiten Kreisen des Volks die Meinung auf, daß die Regierung den § 4 sich für den Kampf gegen das Volksbegehren vorbehalten habe, um die Beamtschaft und andere Kreise von der Einzeichnung abzuschrecken. Ohne Zweifel hat dies viele Stimmberechtigte den Listen zugeführt.

Weiterhin hat sich das Verbot des Stahlhelms im Rheinland und Westfalen als ein Mißgriff erwiesen, und noch mehr die Begründung mit einem Geländespiel des Stahlhelms, wie es von anderen Verbänden, die der Regierung näher stehen, schon oft ausgeführt worden ist. Es mußte den Eindruck machen, als ob hier mit zweierlei Maß gemessen werde. Die preussische Regierung mußte denn auch das gleichzeitige Verbot des „Königin-Luise-Bunds“ alsbald wieder zurücknehmen.

Endlich war es geradezu unbegreiflich, zuerst die Person des Reichspräsidenten in den Streit hereinanzuziehen. Der Reichspräsident hat sich wiederholt veranlaßt gesehen, dagegen nach beiden Seiten Verwahrung einzulegen.

Alle diese „Imponderablen“ scheinen in Berlin nicht kühl genug überlegt worden zu sein. Freilich darf auch nicht vergessen werden, daß die in Berlin sich überstürzenden Skandale schlimmster Art das Volksbegehren wesentlich gefördert haben und die Reihen der Nationalsozialisten, wie man in Baden, Sachsen, Thüringen und Provinz Sachsen gesehen hat, gefüllt haben. In den letzten Abstimmungstagen haben sich daher die Aussichten für das Freiheitsgesetz in dem Maß verbessert, als die Korruption in der Berliner Stadtverwaltung bekannter wurde. Das war eine allgemeine Erkenntnis, die auch darin zum

Ausdruck kam, daß Blätter, die anfangs den schärfsten Kampf gegen das Volksbegehren geführt hatten, in ihren Ausführungen und Berichten immer gemäßigter wurden.

Neue Nachrichten

Dr. Wirth beim Reichspräsidenten

Berlin, 3. Nov. Der Herr Reichspräsident empfing am Samstag den Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth zum Vortrag über den Stand der Räumung und die Lage im besetzten Gebiet.

Severing stellt Strafantrag gegen Hugenberg

Berlin, 3. Nov. Reichsminister Severing hat gegen Dr. Hugenberg wegen dessen Aufrufs vom 31. Oktober Strafantrag gestellt. In dem Aufruf wurde u. a. gesagt: Severing will das Ergebnis der Volksbegehrens-Schlacht erst am 6. November veröffentlichen. Hoffentlich wird inzwischen nicht allzusehr „retouchiert“, d. h. geändert werden.

Der Finanzausgleich mit Polen

Berlin, 3. Nov. Zu der Meldung, daß die Reichsregierung in dem Finanzausgleich mit Polen auf eine staatliche Forderung von 2 Milliarden Goldmark verzichtet hat, die ihr wegen des in Polen abgetretenen deutschen Staatseigentums zustehet, wird bemerkt, daß die Reichsregierung aus diesem Grund Polen gegenüber nicht forderungsberechtigt sei, da diese Vermögenswerte im Jahr 1920 von Deutschland endgültig abgetreten worden sind.

Hitler klagt

München, 3. November. Wegen der Behauptung der „Münchener Telegrammzeitung“, Adolf Hitler habe an den Kronprinzen Rupprecht ein „Ultimatum“ bezüglich seiner Stellung zum Volksbegehren gerichtet, erfährt T. U. von beteiligter Seite, die Meldung sei eine grobe Fälschung, wegen deren gegen das Blatt Strafantrag gestellt werde.

Eine Kundgebung des Reichsausschusses für das Deutsche Volksbegehren

Berlin, 3. Nov. Das Präsidium des Reichsausschusses für das Deutsche Volksbegehren veröffentlicht eine Kundgebung, in der festgestellt wird, daß das Volksbegehren trotz aller Verleumdungen der Erfüllungspresse, trotz beispiellosem Terror und skrupellosem Gewinnzwang mit Erfolg durchgeführt worden sei. Die Kundgebung schließt: „Die erste Schlacht ist gewonnen! Der Kampf geht weiter!“

Das Kabinett Lardieu gebildet

Paris, 3. Nov. Lardieu gestern dem Staatspräsidenten die Liste seines Kabinetts vor, die gebilligt wurde.

Entschließung des Vorstands des Reichslandbunds

Berlin, 3. Nov. Der Vorstand des Reichslandbunds hat zur handelspolitischen Lage eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Lage der deutschen Landwirtschaft hat sich seit der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in verhängnisvoller Weise weiter verschlechtert. In der heutigen Lage der deutschen Landwirtschaft bedeutet eine Gewährung der allgemeinen Meißbegünstigung, wie die Aufhebung der Kampfzölle Polen gegenüber, eine völlige Preisgabe der Ernährungsbasis des deutschen Volkes. Keinfalls darf ein deutsch-polnischer Handelsvertrag mit Meißbegünstigung vor Wiederherstellung der Zollautonomie für landwirtschaftliche Erzeugnisse, also im besonderen nicht vor Lösung der deutsch-polnischen Bindungen in bezug auf Getreidezölle in Kraft gesetzt werden. Der handelspolitische und volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags soll sofort einberufen werden. Die Reichsregierung soll umgehend daran gehen, die in den letzten Beratungen dieser beiden Ausschüsse, sowie in den ernten Anträgen und Schreiben von der Reichsbauernfront geforderten Maßnahmen endlich in die Tat umzusetzen. Wir richten an alle Parteien des Reichstags, die für die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft einzutreten bereit sind, den dringenden Appell, sich für die Forderungen der Reichsbauernfront einzusetzen, und insbesondere darauf hinzuwirken, daß ein Handelsvertrag, der die deutschen landwirt-

schafflichen Interessen in dem dargelegten Maß bedroht, nicht zustandekommt.

Der Zwischenfall in Stockerau — Der Betrieb eingestellt

Wien, 3. November. Die sozialistischen Arbeiter der Maschinenfabrik Heide in Stockerau verbarren auf ihrer Weigerung, mit den drei der Heimwehr angehörenden Arbeitern zusammenzuarbeiten. Darauf wurde die gesamte Belegschaft ausgesperrt.

Unruhen in Warschau

Warschau, 3. Nov. Wegen der Vorgänge im Sejm veranstalteten die Sozialdemokraten eine Kundgebung, gegen die die Polizei mit blanker Waffe vorging. Zwei sozialistische Abgeordnete und 15 Polizisten wurden verletzt.

Regierungskrise in England?

London, 2. Nov. Eine Erklärung des neuen, von Mac Donald eingeleiteten Vizekönigs von Indien, Irwin, daß es das Ziel der Arbeiterregierung sei, Indien zum Dominion zu machen und dadurch weitgehende Unabhängigkeit von England zu geben, hat in der konservativen, aber auch in der liberalen Partei starken Widerspruch hervorgerufen. Man erwartet erregte Aussprachen im Unterhaus, da Irwin seine Erklärung abgegeben habe, ohne sich vorher mit dem parlamentarischen Ausschuss für die Verfassungsänderung in Indien ins Benehmen gesetzt zu haben.

Wahlfrage der englischen Arbeiterpartei

London, 3. November. In den Gemeindevahlen in England für 1902 (ausgenommen London) hat die Arbeiterpartei wieder einen beträchtlichen Gewinn zu verzeichnen. Die stärksten Verluste haben die Konservativen.

Nach den bis jetzt vorliegenden Zahlen haben die Arbeiterpartei 112 Mandatsgewinne und 12 Verluste, die Konservativen 11 Gewinne und 76 Verluste, die Liberalen 13 Gewinne und 29 Verluste, die Unabhängigen 16 Gewinne und 32 Verluste.

Württemberg

Stuttgart, 3. November.

Alligatorenschau. In der Gewerbehalle in Stuttgart hat heute die Alligatorenschau Karl Gabriel-München und L. Rube-Abfeld ihren Einzug gehalten. Die Farm bringt über 1000 Krokodile jeder Größe, Elefantenschildkröten im Gewicht von bis 3½ Zentner und im Alter bis zu 300 Jahren und sonst Verschiedenes zur Schau. Ein Feißeiballspiel lenkt die Aufmerksamkeit schon aus weiter Ferne auf die interessante Schau.

Stuttgart, 3. Nov. Landmaschinen-Reparaturkurs für Schmiede, Schlosser und Mechaniker. Der Württ. Handwerkskammertag veranstaltet im Benehmen mit dem Reichsverband des deutschen Handwerks, der Deutschen Landraffschule (Deulakraft) Jeesen, dem Württ. Landesgewerbeamt und der Landwirtschaftskammer in den Räumen der Maschinenfabrik W. Wähler Söhne in Kammelshausen N. Waiblingen einen vom 25. November bis 21. Dezember ds. Js. stattfindenden Landmaschinen-Reparaturkurs mit überwiegend praktischen Übungen für Angehörige des Schmiede-, Schlosser- und Mechanikerhandwerks, sofern dieselben diese Handwerke erlernt und etwa 3 Jahre als Gesellen in diesen Berufen tätig waren. Anmeldungen sind bis spätestens 18. November ds. Js. an die Handwerkskammer Stuttgart zu richten, von der alles weitere zu erfahren ist.

Zeppelinbesuch. Bei stark nebligem Wetter erschien am Sonntag mittags 12.15 Uhr das Luftschiff „Graf Zeppelin“ über Stuttgart und setzte mit großer Geschwindigkeit den Flug nach Böhlingen fort. Auf der Rückfahrt war es 3.30 Uhr wieder über Stuttgart, geleitet von einem Böhlinger Flugzeug. Infolge des Nebels war das Flugzeug schon lange hörbar, ehe man es aus den Schwaden auftauchen sah.

Unter den Zug geraten. Am Freitag abend kam der 58 J. a. Stellwerkmeister Bahl bei der Blockstelle Prag beim Ueberqueren der Gleise unter die Räder einer Lokomotive und war sofort tot. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe und drei Kinder.

Drei Selbstmorde. Zwei Selbstmordversuche. Am Freitag nachmittag brachte sich in einem Haus der Rotenbühlstraße ein 55 J. a. Mann einen Schuß in die rechte Schläfe bei. Er starb kurz nach seiner Entlieferung ins Katharinenhospital. — Selbstmord durch Erhängen beging in einem Haus der Gutenbergstraße eine 70 J. a. Frau. — In einem Haus der Verdenstraße wurde eine 35 J. a. Frau erhängt aufgefunden. — Durch Einatmen von Gas verübt in einem Haus in der Cannstatterstraße in Untertürkheim ein 19 J. a. Arbeiter einen Selbstmordversuch, er konnte jedoch noch rechtzeitig an seinem Vorhaben gehindert werden. — Durch Einatmen von Gas verübt in einem Haus des Kanonenwegs ein 67 J. a. Mann einen Selbstmordversuch. Nach erfolgreicher Anwendung des Sauerstoffapparats wurde der Lebensmüde nach dem Katharinenhospital übergeführt.

Aus dem Lande

Gas vom Abwasserbach in die Wohnung

Bahnang, 3. Nov. Infolge Gasrohrbruchs in der Bahnhofstraße zog sich das Gas durch den Abwasserbach in die Küche einer Wohnung des Hauses Bahnhofstraße 5 und durch das Ofenrohr in das Wohn- bzw. Schlafzimmer von Oberkammer Steinbronn. Als am Freitag früh die älteste Tochter von ihrem Schlafraum im Dachstod mit einem Erdöllämpchen in die Küche kam, entzündete sich an der offenen Flamme das Gas. Eine starke Explosion folgte, die Fensterscheiben wurden eingedrückt. Die Vorhänge gerieten in Brand. Das Mädchen kam mit dem Schrecken davon.

Durch den furchtbaren Schlag wurden die Mitbewohner des Hauses aufgeschreckt, eilten herbei und löschten die Flammen. Da die Eltern auf Klopfen keine Antwort gaben, wurde die Tür gewaltsam aufgedrückt. Mann und Frau, sowie der jüngste Knabe lagen leblos in den Betten. Sofort wurden durch den Sicherheitsdienst Sauerstoffapparate angelegt. Zuerst gelang es, nach 20 Minuten das Kind ins Leben zurückzuführen. Herr und Frau Steinbronn konnten erst nach einigen Stunden zum Bewußtsein gebracht werden. Im ganzen mußten 11 Sauerstoff-Flaschen verwendet werden.

Zuffenhausen, 3. Nov. Zusammenschluß von Feuerbach und Zuffenhausen. Die Vorbehalte, unter denen der Feuerbach Gemeinderat dem Vertragsentwurf betr. Zusammenschluß von Feuerbach und Zuffenhausen zugestimmt hat, sollen lt. „Allgemeiner Rundschau“ betreffen: 1. den Gaspreis: den jetzigen höheren Preis soll Zuffenhausen 5 Jahre lang tragen. 2. Die Verbesserungen an Straßen, am Feuerbach um, wie solche im Vertrag einzeln aufgeführt sind, sollen nicht an bestimmte Ausführungsstermine gebunden bleiben, sondern entsprechend späterer gemeinsamer Beschlußfassung zur Ausführung kommen im Rahmen der Möglichkeit. 3. Eventl. Abfindungssummen an die Amtskörperschaft usw. dürfen die Leistungsfähigkeit der Gesamtgemeinde nicht übersteigen.

Neuenbürg, 3. Nov. Tödlicher Unfall. An einem gemeinsamen Fuhrwerk von Otto Faulstich und Gottlieb Wacker, Maurermeister von Feldrennack, gingen nachmittags die Pferde durch. Bei dem Bemühen, diese zum Halten zu bringen, kam Wacker zu Fall, wobei das linke Hinterrad über ihn wegging, so daß er im Bezirkskrankenhaus starb.

Altensteig, W. Ragold, 3. Nov. Tödlicher Unfall. Heute morgen bestieg die Fuhrmannswitwe Friederike Grohmann von der oberen Stadt mit noch zwei Frauen bei der Garmweiser Brücke den Anhängewagen des Herrn Kneißler, Spielberg. Etwa 100 Meter oberhalb der Neumühle wollte Frau Grohmann in voller Fahrt vom Wagen steigen, wurde dabei von den Rädern erfaßt und überfahren. Sie war sofort tot.

Ulm, 3. Nov. Hohes Alter. In der Vorstadt Söflingen wohnen drei Geschwister, die zusammen 250 Lebensjahre zählen. Es ist dies Theresia Joller, 87 Jahre, Katharina Kaupper, 88 Jahre, und Barbara Kaupper, 89 Jahre, alle drei geborene Baumgartner. Die drei Hochbetagten sind noch ziemlich rüstig. Die 87jährige besorgt noch ihrem Sohn den Haushalt und ist meistens im Gartenbetrieb beschäftigt. Die zwei anderen Schwestern sind ebenfalls noch im Haushalt tätig. Der 87jährigen stehen noch vier lebende Schulkameradinnen zur Seite. Diese fünf zusammen zählen also 435 Jahre. Sie sind fast alle noch rüstig.

Adolf Stern, jetzt Wilhelmstraße 11 (früheres Anwesen zum Hirsch)
Beste und billigste Bezugsquelle für fertige Herren- und Knabenbekleidung — Berufskleidung — Herrenstoffe

Schicksale kommen vom Himmel

Roman von Christine Ruhland

16. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten)

Es wollte Frühling werden. In drei Wochen würde Ostern sein, und am Palmsonntag sollte Christine Lauterbach eingeseget werden.

Heute kniete sie am Grabe der Mutter und setzte Blumentöpfe zwischen die Fleuranten, die üppig die ganze Ruhestatt überwucherten.

„Die Trauerweide beginnt schon zu grünen,“ sagte Günther Wolfram, der nach bestandenen Abiturium einige Wochen daheim und nun wie immer auf allen Wegen ihr treuer Begleiter war.

„Ja,“ sagte Christine. „Und Mütterchen schläft nun schon so lange. Und jedes Jahr, wenn unser lieber Harzwald sich von neuem schmückt, hab' ich soviel Sehnsucht nach ihr.“

„Du hast aber doch nun wieder eine Mutter, da darfst du nicht mehr traurig sein. Das wird dein totes Mütterchen gar nicht wollen.“

„Nein, gewiß nicht, Günther, die wünscht gewiß, daß ich der neuen Mutter gehorham sein und sie lieb haben soll.“

Christine richtete sich auf, klopfte die Erde von ihren Händen und sah mit wehen Augen zu dem Freunde auf. Ihr süßes Gesichtchen hatte sich merklich verändert, der harmlos kindliche Ausdruck war einem nachdenklich ernsten gewichen.

In Günther stieg ein tiefes Mitleid auf.

„Ist es dir denn gar nicht möglich, die neue Mutter ebenso herzlich zu lieben, wie dein verstorbenes Mütterchen?“

„Ich möchte wohl,“ sagte sie. „Nein, ich will es ganz gewiß, aber ich glaube, sie mag so etwas nicht. Zu Hanni ist sie ja auch niemals so richtig lieb, wie mein Mütterchen es zu mir war.“

„Und trübt das die kleine Hanni nicht?“

„O nein, ihr macht das gar nichts. Sie sagt, ich sei von Vater und Mutter nur verzärtelt und verwöhnt. Ich müßte gleichgültiger werden.“

Da nahm Günther ihre schlante, zarte Hand in die seine und liebte sie.

„Aber Vater liebt dich doch sein Christinchen sicher noch genau so wie früher.“

Ein heller Schein, gleich einem Sonnenstrahl, flog über Christinchen durchgeglühtes Gesicht.

„Vater? O, der wird mich immer und immer lieb haben, wenn er auch jetzt viel weniger Zeit hat, sich um mich zu kümmern, als früher.“

„Nun, dann darfst du auch nicht traurig sein, Christinchen. Und ich werde dich doch auch immer und immer lieb haben, das weißt du doch.“

Er schwieg plötzlich. Aus dem Waldesdickicht, an welchem sie entlang schritten, kam ein leises Rachen, Zweige knachten. Trudo von Markendorf trat aus dem Gebüsch und schwenkte seine goldverbrämte Verbindungsmütze.

„Grüß euch Gott,“ sagte er, hochauftragend und stattdich vor die zwei Unzertrennlichen, wie er und Hans Wolfram sie heimlich nannten, hintretend. „Grüß euch Gott! Und wenn es erlaubt ist, möchte ich ebenfalls zu denen gerechnet werden, welche Christine Lauterbach immer und immer lieb haben werden.“

Es klang beinahe ehrlich, wenn Christine in den tiefdunklen Augen, über welchen sich dickbuschige, schwarze Brauen wölbten, nicht einen tückischen Schein entdeckt hätte, vor welchem ihr graute. Oder sollte sie sich irren?

In kindlicher Bewirrung, das holde Antlitz voll Rosenrot, sagte sie, ihre stillen, tiefen Augen zu ihm erhebend: „Grüß Gott, Herr Baron.“

Günther aber, totschlag, der Stunde gedenkend, da Trudo höhnisch erklärte: „Vielleicht heirate ich die Christine Lauterbach selbst noch einmal,“ brachte kein „Grüß Gott“ über die bleichen Lippen und die Hand, die sich ihm entgegenstreckte, überließ er. Er fühlte deutlicher als jemals, daß ihm in dem hochgeborenen schlanken Studenten ein gefährlicher Nebenbuhler erwuchs.

Markendorf aber war anscheinend guter Laune, nichts von seinem sonst so ausstrahlenden Hochmut war zu ver-

spüren. Er griff nach Günthers Hand und schüttelte sie kräftig.

„Gott noch mal, Günther, ich hätte nicht geglaubt, daß du so nachträglich bist.“

„Wieso nachträglich, Herr Baron? Ich verstehe nicht.“

„Herr Baron, Herr Baron! Hast mich doch sonst Trudo genannt und als kleiner Bruder meines besten Freundes bitte ich dich, es auch ferner zu tun.“

Mit drohlichem Ernst nahm er Christines Hand und küßte sie respektvoll, als sei es die Hand einer erwachsenen Dame.

„Welch' seltsam zartes, feines Gebilde,“ sagte er, ihre rötlichen Fingerspitzen noch eines Augenblicks festhaltend. „Und schlank und raut ist das Mäullerkind geworden, seitdem ich es nicht mehr gesehen. Man mag sich kaum noch, es du zu nennen.“

Christinchen's Wangen wurden heiß und Günther stand wie auf Kohlen. Er hätte diesen scheinwilligen Trudo erwürgen mögen. Wie konnte er es wagen, seinem Christinchen die Hand, die liebe kleine Hand, die nur ihm, nur ihm allein einmal gehören würde, zu küssen.

Ein heißer Zorn lief ihm über die hochgewölbte Stirn, aber Markendorf schien es nicht zu ahnen.

„Also, wie ist es, Christinchen. Erlaubst du es mir, dich immer lieb zu haben, ebenso wie dein Freund Günther?“

Ratlos schaute das verwirrte Kind zu Günther auf.

„Ja, Günther ist doch mein Freund und Spielgefährte so lange ich auf der Welt bin, mit dem ist es doch ganz etwas anderes. Aber, wenn mich auch andere gute Menschen lieb haben, so macht es mich froh.“

„Na, ein kleines Zugeständnis ist es doch.“ Die üppigen Lippen Trudos, von einer weichen, schwarzen Bürste überschattet, zuckten ein wenig spöttlich.

„Aber es genügt mir nicht und ich werde alles daran setzen, um mir die Erlaubnis zum Liebhaben der kleinen Mäullerprinzessin noch zu erringen.“

Günther trampfte im innerlichen Zorn die Hände zusammen. Seine Blauaugen blühten kampflustig.

Fortsetzung folgt.

und 2886 Mill. Mark am 31. Oktober 1928. Die Anknüpfungnahme der Reichsbank im Kreditgeschäft ist zurückgegangen. Der Bestand an Inlandswechseln sank sich von 2734 Mill. Mark am 30. April auf 2119 Mill. Mark am 31. Oktober d. J. Sowohl der Umlauf an Noten- und Rentenbankcheinen als auch der gesamte Zahlungsmittelumsatz bewegten sich etwa in Vorjahreshöhe. Die Deckung der umlaufenden Reichsbanknoten durch Gold und deckungsfähige Devisen besserte sich von 43 Prozent am 30. April 1929 auf 53,6 Prozent am 31. Oktober 1929. Für die Reichsbank bestehen daher keine Bedenken, der noch wie vor schwer kämpfenden Wirtschaft durch eine Senkung des Diskontsatzes entgegenzukommen, nachdem sich an den meisten ausländischen Geldplätzen Zinssenkungen mit Zinsentzügen durchgeführt haben.

Die Erzeugung an Getreide in Württemberg im Verhältnis zur Ein- und Ausfuhr und zum Verbrauch

In den Mitteilungen des Württ. Stat. Landesamts wird die württembergische Erzeugung an Getreide in ihrem Verhältnis zur Aus- und Einfuhr sowie zum Verbrauch vom statistischen Standpunkt näher untersucht. Es wird ausgeführt, daß die Zeiten, da Württemberg noch ein getreideausfuhrndes Land war, längst vorüber sind. Heute überwiegt die Einfuhr über die Ausfuhr. Der Mehrempfang an Brotgetreide ist ein sehr bedeutender und steht beträchtlich über der Eigenerte. Wesentlich anders verhält es sich mit Gerste und Hafer, deren Anbau in Württemberg eine große Rolle spielt und gegenüber dem Anbau von Brotgetreide insofern vorherrschend ist. Von der württembergischen Eigenerte macht der Mehrempfang in Gerste nur 13,3 Prozent, in Hafer nur 8,05 Prozent aus. Hinsichtlich des Verbrauchs von Getreide steht beim Brotgetreide an erster Stelle die Verwendung zur menschlichen Ernährung. Daneben kommt auch noch die Verwendung zur Brauereierzeugung, ferner zu industriellen Zwecken (Stärkefabrikation u. a.), sowie zur Verfütterung in Betracht. Die zur Brauereierzeugung verwendete Getreidemenge betrug im Landesfinanzamtsbezirk Stuttgart im dreijährigen Durchschnitt (1926/28) 24 150 Zentner. Die Verwendung zu industriellen Zwecken (Stärke u. a.) wird schätzungsweise gleich hoch angenommen, so daß für diese beiden Zwecke von der gesamten zur Verfügung stehenden Menge von Brotgetreide mit 8 832 329 Zentner nur ein kleinerer Teil — 48 300 Zentner gleich 0,6 Prozent — benötigt wird.

Statistik der Schlachtungen

Die Zahl der in Württemberg im dritten Vierteljahr (1. Juli bis 30. September) 1929 geschlachteten, der Fleischschau unterstellten Tiere betrug laut Stat. Landesamt: 211 Pferde, 2064 Ochsen, 4397 Bullen, 13 960 Kühe, 33 615 Jungrinder, 65 267 Rinder, 124 691 Schweine, 2657 Schafe, 384 Ziegen. Zugewonnen haben außerdem dem 2. Vierteljahr 1929 die Schlachtungen in Pferden, Ochsen, Bullen, Jungrindern, Rindern, Schafen, abgenommen in Rindern, Schweinen, Ziegen. Die aus den beschlagnahmten (sowohl öffentlichen) Schlachtungen des 3. Vierteljahres 1929 sich ergebende Schlachtmenge berechnet sich zu 538 562 Ztr. gegen 522 993 Zentner im 2. Vierteljahr 1929, 520 139 Ztr. im 1. Vierteljahr 1929 und 540 329 Ztr. im Vierteljahrsdurchschnitt 1928.

Berliner Dollarkurs. 2. Nov. 4,1765 G., 4,1845 B. Dt. Abl.-Anl. 49,75. Dt. Abl.-Anl. ohne Ausl. 9.

Berliner Geldmarkt. 2. Nov. Tagesgeld 8,25—10, Monatsgeld 9—10, Warenwechsel 7,575 o. h.

Der Privatdiskont ist weiter für beide Seiten von 7 auf 6,575 Prozent herabgesetzt worden. Die schlimmste Spannung auf dem Geldmarkt scheint nun bis auf weiteres überwunden zu sein.

Ermäßigung der Bankzinsen. Die Vereinfachung von Berliner Banken und Bankiers hat aus Anlaß der Ermäßigung des Reichsdiskontsatzes beschlossen, die **Bankzinsen** für täglich fällige Guthaben wie folgt herabzusetzen: in provisionsfreier Rechnung von 4½ auf 4 Prozent, in provisionspflichtiger Rechnung von 5 Prozent auf 4½ Prozent. Die Sollzinsen werden gleichfalls um ½ Prozent ermäßigt.

Die Großhandelsmehrmahl vom 30. Oktober ist gegenüber der Vormonats (137,0) um 0,4 Prozent auf 136,5 zurückgegangen. Agrarstoffe 130,2, industrielle Fertigwaren 156,5.

Wird der Kaffee billiger? Die größte Kaffeebörse der Welt in Rio de Janeiro (Brasilien) ist geschlossen worden, um einer katastrophalen Preisentwicklung auf dem Kaffeemarkt zu begegnen. Im Innern Brasiliens sind so riesige Kaffeebestände vorhanden, daß für sie jede Absatzmöglichkeit fehlt. Die Preise sind bis zu einem Drittel zurückgegangen, zu diesen Preisen wurden jedoch keine Geschäfte abgeschlossen. Man rechnet damit, daß die außerordentliche Kaffeepreise zu einer Herabsetzung der Kaffeepreise im Einzelhandel um etwa 80 Pfennig pro Pfund führen wird.

Die Schiffverluste im Jahr 1929. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. September d. J. sind verloren gegangen 230 Dampfer mit zusammen 359 626 Tonn., 19 Motorschiffe mit 8058 Tonn., 30 Motorschiffe mit 9705 Tonn., 77 Segler mit 40 371 Tonn., insgesamt 346 Schiffe mit 417 760 Tonn.

Die englischen Seelote. Nach der vom englischen Handelsamt veranstalteten Zählung vom 1. April 1928 waren zu der Zeit im Besitz des Vereinigten Königreichs 5732 Schiffe über 100 Tonnen brutto (Fischerfahrzeuge und Yachten ausgenommen) mit zusammen 19,2 Millionen Tonnen. Die Befahrung betrug insgesamt 239 583 Köpfe. Davon waren 66,2 Proz. Engländer. Bei den Dampfschiffen entfällt auf je 100 Tonnen eine Befahrung von 1,27, bei den Motorschiffen von nur 1,06 Mann.

Die Bank von London hat ihren Diskontsatz von 6 auf 7 a. h. erhöht. Der Diskont war erst am 11. Oktober von 5 auf 6 a. h. herabgesetzt. Die niederländische Bank in Amsterdam hat ihren Diskont mit Wirkung vom 1. November von 5½ Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt. Die Bank von Brüssel hat ihren Diskontsatz von 7 auf 6 a. h. herabgesetzt.

Die Reichsmehrmahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) ist für den Durchschnitt des Monats Oktober mit 153,5 gegenüber 153,6 im Vormonat nahezu unverändert geblieben.

Schwedische Bestellungen in Deutschland. Die schwedische Staatsbahn hat bei der Waggon- und Maschinenbau-A.G. Görlitz 50 Drehgestelle für Eisenbahnwagen, die sich bei der Reichsbahn gut bewährt haben, in Auftrag gegeben. Wenn die Proben in Schweden befriedigen, soll ein größerer Auftrag folgen. Die Wagen selbst werden in Schweden hergestellt.

Die französische Staatsbahn hat bei der Christoph u. Unmack A.G. in Riesty (Oberpfälzen) 100 Holzschläger im Wert von 800 000 Mark auf Reparationsrechnung bestellt.

Veredelungsvereine für Rohzucker. Der Reichsrat hat die Verlängerung der Verordnung um zwei Jahre genehmigt, wonach Rohzucker zollfrei eingeführt werden darf, wenn er als Verbrauchsucker wieder ausgeführt wird.

Stückung der Eisenexportpreise. In den letzten Monaten sind die Preise für Eisenexporte ständig abgebrochen (von 6 Pf. Sterling 5 Schilling für Handelsstabellen im Januar auf 5 Pf. St. 2 Sch. gegenwärtig). Die Internationale Rohstahlgemeinschaft (I. R. G.) hat daher zur Stückung der Exportpreise die Erzeugung um 10 v. h. eingeschränkt.

Gehter deutscher Metallkongress im Jahr 1930. Der Gesamtschutz zur Wahrung der Interessen der deutschen Metallwirtschaft beschloß, allen Verbänden, Vereinen, Gesellschaften der Wirtschaftsgruppe der Nicht-Eisen-Metalle den Vorschlag zu machen, im Jahr 1930 nur eine gemeinsame größere Tagung in Form eines ersten deutschen Metallkongresses abzuhalten.

Polnische Ausfuhrprämien für Getreide. Um die Ausfuhr des Ernteüberschusses zu ermöglichen, hat die polnische Regierung, zunächst für fünf Monate eine Ausfuhrprämie von 94 S. bis 1,41 M für den Zentner je nach Art des ausgeführten Getreides, eingeführt und zwar für Gerste, Roggen, Hafer, Weizen und Mehl. Auf die Prämie haben diejenigen Händler Anspruch, die von den staatlich anerkannten Ausfuhrverbänden ausgestellte Bescheinigungen vorlegen können, welche die entsprechende Güte des Getreides bzw. Mehls bestätigen.

Preisermäßigungen bei Ford. Wie der Sohn Henry Fords mitteilt, wird der Preis der Fordautomobile und Lastwagen im Interesse eines weiteren günstigen Absatzes um 20 bis 200 Dollar ermäßigt.

Die Ueberfremdung. In den Ausschüßrat der Zinnflorenwerk E. F. Ohles Erben W. Breslau wurde zugewählt Direktor Georg Eißner von der Schweizer Firma Koffler, Schuppach u. Co., die bei den Breslauer Werken nunmehr beteiligt ist.

Wichtige arbeitsrechtliche Entscheidungen. Das Reichsarbeitsgericht hat in letzter Zeit folgende wichtige Urteile gefällt: Ein Arbeitnehmer hatte, um eine Stelle zu erlangen, versprochen, daß er Angehöriger eines Tarifverbands sei, und verlangte nach einiger Zeit tarifliche Entlohnung, die höher war als die ursprünglich vereinbarte. Der Arbeitgeber erbot hiergegen die Einrede der Arglist und des Verzichtes, wurde aber vom Reichsarbeitsgericht verurteilt, weil es für die Annahme eines Verzichtes an der klar erkennbaren Willensrichtung des Arbeitnehmers fehle und die Geltendmachung eines gesetzlich gewährleisteten Tariflohnanspruchs nicht gegen Treu und Glauben verstoße. Anderweitige Beschäftigung Schwerekriegsbeschädigter innerhalb eines Betriebs unter Beibehaltung der früheren Lohnbedingungen bedarf nicht der Zustimmung der Hauptfürsorgestelle.

Lohnerhöhung im polnischen Bergbau. Zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der Kohlenreviere in den Bezirken Dombrowa und Krakau, wo die Arbeitslöhne wesentlich niedriger sind als in Deutschland, ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach ab 1. Oktober die Löhne der Tagesarbeiter um etwa 8 v. h., die der Stützarbeiter um 2 v. h. erhöht werden sollen. Die Entscheidung für Ostoberschlesien soll in nächster Woche getroffen werden.

Konkurse: Gebr. Kuttler, Bijouteriewarenfabrik, Schwab. Gmünd. — Josef Klein, Käsefabrik und Weinhändler, Weiskamer, Ode. Neustadt. — Karl Kauf, Holzgroßhändler, Ulm. — Georg Christ, Kleinandorf. — Hall. — Frieda Häußer, We., Gaisstube, und U. Reiniger, Raab, Weinhandlung, Charlottenplatz, Stuttgart. — Hermann Schöll, Kleinfleischwaren, Remlingen. — Leonberg. — Reichert Hager, Bogenstraße, Ravensburg. — Anton Wolf, Landwirt, Ebnried. — O. Saulgau.

Vergleichsverfahren. Erich Meisinger, Büchsenfabrik, Stuttgart, Gartenstr. 21, Hths.

Starke Zunahme der Konkurse im Reich im Oktober. Eine auffallend starke Zunahme hat die Zahl der neu eröffneten Konkurse im Oktober erfahren. Es wurden nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank“ 876 Konkurse neu eröffnet, gegen 691 im September und 697 im Oktober 1928. Dagegen weicht die Zahl der neu eröffneten Vergleichsverfahren mit 385 nicht wesentlich von der vormonatlichen Ziffer (398) ab.

Kleinfleische. In der Gläubigerversammlung der Mehlgroßhandlung Jakob Dreifuh in Frankfurt a. M. wurde festgestellt, daß die Schulden, soweit sich dies bis jetzt überlegen läßt, auf etwa 10,5 Millionen Mark belaufen, davon 1,5 Millionen Emissionsanleihe, 1,3 Millionen Schulden bei Mühlen und Getreidelieferanten. Die Aktien wurden mit 1,26 Millionen eingelegt, viele sind aber ganz unliquide. Es sind nämlich davon 70 v. h. der Schuldner an Dreifuh mit 600 000 M. aussonderungsberberechtigt, wodurch die Aktiva auf höchstens 600 000 M. zusammenschumpfen, denen 9,9 Millionen Schulden gegenüberstehen. Der Fehlbetrag stellt sich etwa auf 9,24 Millionen Mark.

Stuttgarter Börse. 2. Nov. Die Börse war unter dem Eindruck der Diskontsenkung von 7½ auf 7 Prozent freundlich gestimmt und eröffnete fest. Die Kurse waren teilweise gegen gestern etwas höher.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise. 2. Nov. Weizen märk. 22,70—22,80, Roggen 17,20—17,60, Braugerste 19,20—21,10, Futter- und Anbaugerste 17—18,60, Hafer 16—17, Mais 19,70—19,80, Weizenmehl 27,50—33, Roggenmehl 22,75—25,75, Weizenkleie 10,50—11, Roggenkleie 9—9,25.

Magdeburger Zuckerbörse. 2. Nov. Innerhalb 10 Tagen 26,62½, Nov.-Dez. 26,62½, Nov. 26,62½. Tendenz ruhig.

Berlin, 2. Nov. Elektrolytkupfer 170.

Bremen, 2. Nov. Baumwolle Middl. Univ. Stand. 19,62.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt. 2. November. Tafeläpfel 10—18; Schüttel, Auschuh, Koll- und Rostäpfel 4—4,2; Tafelbirnen 10—22; Quitten 10—15; Walnüsse 35—45; Zwetschgen 18—20; Kartoffeln 2,8—3,5; Stangenbohnen 40—50; Kopfsalat 4—12; Endivienalat 4—10; Wirsing (Kohlrut) 6—8; Filderrut 6—7; Weikraut, rund 6—7; Weikraut 8—10; Blumentohl 1 Stück 20—60; Rosenkohl 20—25; rote Rüben 6—8; gelbe Rüben 5—6; Karotten runde 1 Bund 5—10; Zwiebel 6—8; Gurken, große 1 Stück 40—70; Rettiche 5—10; Monatsrettiche 1 Bund 8—10; Sellerie 1 Stück 5—20; Tomaten 1 Pfund 15—20; Schwarzwurzeln 35—40; Spinat 10—15; Mangold 6—8; Kopfkohlraben 1 St. 4—8.

Stuttgarter Mostbörse (Wilhelmsplatz). 2. Nov. Zufuhr 500 Ztr., Preis 4—4,20 M für 1 Ztr.

Mostbörse auf dem Nordbahnhof. Seit 30. Oktober sind aus Württemberg acht Wagen neu zugeführt. Nach auswärts ist ein Wagen abgegangen. Preis wagenweise für 10 000 Kilo 720 bis 770 RM, im Kleinverkauf 3,80 bis 4,20 RM für 50 Kilo.

Stuttgarter Karloffelmarkt (Leonhardsplatz). 2. Nov. Zufuhr 200 Ztr., Preis 3—3,30 M für 1 Ztr.

Stuttgarter Filderrutmarkt (Leonhardsplatz). 2. Nov. Zufuhr 100 Ztr., Preis 6—6,20 M für 1 Ztr.

Hohenlohener Obstmarkt in Neuenfeld bei Heilbronn. 1. Nov. Angeführt: Rostkohl: 350 Ztr. Äpfel zu 3,20 M je Ztr., Tafeläpfel: 460 Ztr. Äpfel zu 6—11 M je Ztr. Alles verkauft.

Die württembergische Hopfenerte im Jahr 1929. Nach der diesjährigen Anbaustatistik gibt es in Württemberg insgesamt 82 Gemeinden, in denen die mit Hopfen angebaute Fläche je mindestens 5 Hektar beträgt. Laut Mitteilungen des Württ. Stat. Landesamts berechnet sich der Gesamtertrag an Hopfen in diesen Gemeinden nach einer vorläufigen Schätzung auf 27 988 Zentner gleich 17,8 Ztr. auf 1 Hektar gegen 11,2 Ztr. im Jahr 1928 und 10,6 Ztr. im zehnjährigen Mittel 1919—1928. Die Hopfenerte des Jahres 1929 darf als eine sehr gute bezeichnet werden. Die Güte war wohl befriedigend. Rechnet man die Gemeinden mit weniger als 5 Hektar hinzu, so ergibt sich ein Gesamtertrag von 31 128 gegen 20 370 Ztr. im Jahr 1928 und 15 039 Ztr. im zehnjährigen Durchschnitt 1919—1928. Die Gestaltung der Hopfenpreise ist sehr zu wünschen übrig. Sie bewegte sich zwischen 40—50 M für 1 Ztr. Nur vereinzelt wurden höhere Preise erzielt. Teilweise stiegen diese Preise aber auch bis auf 15 M für 1 Ztr. zurück. Selbst in der Vorkriegszeit gab es nur wenige Jahre mit ähnlich niedrigen Preisen.

Die württembergische Rübenzuckerindustrie im Betriebsjahr 1928—1929. Nach der vom Landesfinanzamt Stuttgart aufgestellten Uebersicht über die Verarbeitung von Rüben zur Zuckerbereitung wurden im Betriebsjahr 1928/29 von den drei württembergischen Zuckerraffinerien Heilbronn, Jüttingen und Stuttgart insgesamt 2 181 619 Dg. Rüben verarbeitet. Gegenüber dem Vorjahr mit 2 129 275 Dg. ist dies ein Mehr von 59 344 Dg. gleich 2,8 Prozent. An Rohzucker wurden daraus 96 511 Dg. (i. B. 108 956), an Verbrauchsrunder 553 151 (i. B. 585 886) Dg. gewonnen. Der Zuckergehalt der Rüben schwankte zwischen 15,90 und 16,80 Prozent (i. B. 15,39 und 16,25 Prozent). Die Preise bewegten sich bei Zucker für 100 Kilo einschließlich Sach- und Zuckerversteuer zwischen 49 und 57,95 RM (i. B. zwischen 52,20 und 58,50). Bei Melasse (ohne Verdunstung) zwischen 8,50 und 16 RM (i. B. 8 und 15 RM), bei Melasse mit einseh. Sach- zwischen 9,80 und 20 RM (i. B. 8,40 und 20 RM), bei Trockenmelasse (ohne Sach-) zwischen 11,25 und 17 RM (i. B. 9,75 und 14). An beschlagnahmten Umfang konnte Zucker nach der Schweiz ausgeführt werden, dagegen bewirkte die im Herbst 1928 in Kraft getretene Zuckerverhöhung ein Fernhalten des ausländischen Wettbewerbers vom deutschen Zuckermarkt.

Devisenkurs in Reichsmark

Berlin	2. November		1. November		
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland	100 Gulden	168,53	168,87	168,44	168,78
Belgien	100 Belga	58,42	58,54	58,40	58,52
Norwegen	100 Kr.	111,87	112,09	111,84	112,08
Dänemark	100 Kr.	111,92	112,14	111,95	112,07
Schweden	100 Kr.	112,16	112,38	112,10	112,32
Italien	100 Lira	21,87	21,91	21,855	21,895
London	1 Pf. Sterl.	20,874	20,414	20,363	20,403
Neugport	1 Dollar	4,1765	4,1845	4,1785	4,1815
Paris	100 Fr.	16,45	16,49	16,45	16,49
Schwyz	100 Fr.	80,925	81,085	80,915	81,075
Spanien	100 Pefeta	59,45	59,58	59,34	59,46
D-Österr.	100 Schill.	58,72	58,84	58,72	58,84
Prag	100 Kr.	12,372	12,392	12,372	12,392
Ungarn	100 Pengö	73,01	73,15	72,99	73,13
Argentinien	1 Pefo	1,728	1,732	1,729	1,733
Lissabon	1 Den	2,008	2,012	2,013	2,017
Danzig	100 D. Guld.	81,45	81,61	81,45	81,61

Wetter

Von der Bistaya bis nach Stambulien erstreckt sich ein Hochdruckgebiet, der indessen wegen der Stauwirkung an den Alpen nicht voll zur Geltung kommt. Für Dienstag ist nur zeitweilig aufheiterndes, unbeständiges Wetter zu erwarten.

Bekanntmachung.

Der städt. Mostereibetrieb wird am Freitag den 8. November, nachmittags 4 Uhr, geschlossen. Wildbad, den 4. November 1929. Stadtpfleger.

Wilhelm Pflumm
Berta Pflumm
geb. Barth
grüßen als Vermählte

Wildbad Calmbach
2. November 1929

10 Grammophonplatten

auch einzelne, sucht gegen andere zu tauschen oder zu verkaufen. Angebote an H. Viehmaier, Laitenbergstraße 106.

Wildbad, 3. November 1929.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Mann, unsern treubesorgten Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel
Wilhelm Krauß
Schuhmachermeister
im Alter von 81 Jahren zur ewigen Heimat abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Dienstag nachmittags 3 Uhr auf dem Waldfriedhof.

Nation. Frauendienst.
Heute nachmittags 3 Uhr
„Windhof“.

Schreibmaschinen
nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei
GESCHW. FLUM
Buch- und Pantierhandlung.

Dr. Josenhans
von der Reise zurück!

Feinkostgeschäft
nur erstklassig in Wildbad mit oder ohne Haus
sofort zu kaufen gesucht.
50000 Mark bar stehen zur Verfügung.
Nunn & Schmidt, Karlsruhe, Kaiserstr. 136, Telefon 2598 u. 649.